

Die Geschichte der Globalisierung

Von Thomas Buchner

1. Wie alt ist Globalisierung?

Wie kaum ein anderes der derzeit heiß diskutierten Phänomene scheint Globalisierung durch Geschichtslosigkeit charakterisiert zu sein. Schon der Begriff ist neueren Datums: Der Duden beispielsweise führt das Substantiv „Globalisierung“ erst seit der 2000 erschienenen 22. Auflage. Im englischen Sprachraum tauchten entsprechende Begriffe zwar bereits in den 1960er Jahren auf, doch wurden sie auch dort erst in den letzten beiden Jahrzehnten merklich häufiger verwendet. Damit scheint Globalisierung nicht nur als Phänomen jüngsten Datums ausgewiesen zu sein, sondern die verstärkte Aufmerksamkeit für globale Interaktionen lässt auch einen ursächlichen Zusammenhang mit Entwicklungen der letzten Jahre erahnen: mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, mit der US-amerikanischen Hegemonie in zahlreichen Bereichen sowie mit der zunehmenden Bedeutung transnationaler Unternehmen. Allerdings überdeckt die inflationäre Verwendung des Begriffs vielfach nicht nur die historische Bedingtheit von Phänomenen globaler Reichweite, sondern auch die historische Dimension von Globalisierung selbst. Internationale Kapitalverflechtungen oder die weltweite Präsenz kultureller Leitbilder sind keine Kinder des 20. oder frühen 21. Jahrhunderts.

Wie alt Globalisierung nun tatsächlich ist, hängt primär davon ab, was man unter Globalisierung versteht. In der Forschung findet man dazu höchst unterschiedliche Antworten. Einzelne AutorInnen interpretieren Globalisierung als Phänomen, dessen Geschichte mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beginnt. Untrennbar damit verbunden ist ein Fokus auf globale Institutionen wie jenen des 1944 begründeten Systems von Bretton Woods oder die UNO. Die Bedrohung der Welt durch nukleare Waffenarsenale der Supermächte lässt sich dafür ebenso ins Feld führen wie die Zunahme des Welthandels oder verdichtete Kommunikationsbeziehungen. Eine Reihe anderer AutorInnen sieht hingegen bereits in den menschlichen Wanderungsbewegungen vor zehntausenden von Jahren den Kern zunehmend globaler Interaktionen. Damit wird allerdings, wie vielfach angemerkt, der Begriff der Globalisierung so vage gehalten, dass seine Aussagekraft darunter leidet. Ein breites,

aber hinreichend präzises Verständnis von Globalisierung begreift demgegenüber dieses Phänomen als den „Aufbau, die Verdichtung und die zunehmende Bedeutung weltweiter Vernetzung“ (Osterhammel/Petersson) seit den europäischen Expansionen des 16. Jahrhunderts. Vernetzung bedeutet in diesem Zusammenhang die Verstetigung vielfach institutionell abgestützter sozialer Interaktionen. Dabei ist zum ersten der Prozesscharakter von Vernetzung hervorgehoben: Globalisierung ist nicht statisch, sondern Wandlungen unterworfen. Zum zweiten sind daher derartig verstetigte Interaktionen von globalem Maßstab selten stabil. Die Geschichte der Globalisierung ist damit auch eine Geschichte der Kontraktion bzw. der „Deglobalisierung“. Zum dritten bedeutet Vernetzung, dass Impulse innerhalb sich entwickelnder Netzwerke selten eine Einbahnstraße darstellen. Vielmehr wird gerade an scheinbar eindeutigen Beispielen wie dem Kolonialismus deutlich, wie sehr Globalisierung trotz ihres zumeist hierarchisch geordneten Kontexts, aus Prozessen gegenseitiger Beeinflussung besteht. Als Konsens darf mittlerweile gelten, dass im 19. Jahrhundert die erste tatsächliche Globalisierung zu beobachten war. Deren Hintergründe sind aber ohne kurze Rückschau auf die „Proto-Globalisierung“ des 16. bis 18. Jahrhunderts nicht zu verstehen.

2. Globale Interaktionen in der Frühen Neuzeit

Das 18. Jahrhundert bildete jene Periode, in der westeuropäische Regionen endgültig Anschluss an die regionalen Zentren der Weltwirtschaft in China und Indien fanden. Die große Bevölkerungszahl, der Urbanisierungsgrad, der fortgeschrittene Stand der Technik sowie die hohe Dichte an Märkten hatten Asien zum dynamischsten Raum der vorindustriellen Welt werden lassen. Europa war demgegenüber eine zunächst periphere Region, die sich erst im Laufe der Frühen Neuzeit zu einem Akteur unter mehreren in den asiatischen Handelssystemen entwickelte. Maßgeblicher Motor dafür war die europäische Nachfrage nach asiatischen Gewürzen, Textilien, Porzellan und Tee. Die spätmittelalterliche Ausdehnung des osmanischen Reichs erschwerte den Handel über die traditionellen Routen und ließ europäische Mächte nach Möglichkeiten eines direkten Zugangs zu den asiatischen Gütern suchen, was einerseits zur „Entdeckung“ Amerikas und andererseits zur Erschließung eines Seewegs über die westafrikanische Küste im späten 15. Jahrhundert führte. Portugiesische, spanische, bald auch niederländische, französische und englische Kaufleute versuchten seither, sich in die asiatischen Handelsnetze einzuklinken, was ihnen mit zunehmendem Erfolg gelang. Dabei kamen den europäischen Ambitionen zwei Umstände zugute: zum ersten war es im Unterschied zum asiatischen Handel in Europa üblicher, mit Waffengewalt vorteilhafte Handelspositionen anzustre-

ben, was den Europäern mittelfristig die Seeherrschaft garantierte. Zum zweiten verfügten sie über eine anders organisierte Handelspräsenz, die sich im niederländischen und englischen Modell der Handelskompanien ablesen lässt. Dies waren Frühformen moderner Aktiengesellschaften und damit private Unternehmungen, die aber mit weitreichender staatlicher Rückendeckung (etwa in Form von Monopolen) agierten, Kriegsschiffe und Soldaten unterhielten und obrigkeitliche Aufgaben in besetzten Regionen erfüllten. Dies stellte zunächst einen Vorteil etwa gegenüber den ohne staatliche Monopole agierenden chinesischen Händlern dar. Gestützt auf diese Grundlagen, gelang es den Europäern, in zunehmendem Maße wichtige Positionen zu besetzen, ohne freilich den asiatischen Handel bis weit ins 18. Jahrhundert hinein zu dominieren. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Europäer zunächst, abgesehen vom innerasiatischen Zwischenhandel, im dem sie tätig waren, nur eine Ware anbieten konnten, die konkurrenzfähig und für den asiatischen Handel von Interesse war: Silber. Das chinesische Reich verfügte über ein auf Silber basierendes Währungs- und Steuersystem, was angesichts der zentralen Bedeutung dieses Reichs gleichbedeutend mit einer exorbitanten Nachfrage nach diesem Edelmetall war. Die reichhaltigen Silbervorkommen in Potosi (im heutigen Bolivien) und Mexiko, die über europäische Umschlagplätze oder über Manila nach Asien flossen, erlaubten es damit europäischen Händlern, die begehrten asiatischen Waren zu erwerben und mit hohen Gewinnen weiter zu veräußern. Dass es dabei gelang, große Quantitäten an Silber aus Lateinamerika zu gewinnen, lag nicht zuletzt daran, dass das europäische Auftreten dort von anderen Voraussetzungen ausging als in Asien. Während in Asien mühsam ein Platz an der Sonne erkämpft werden musste und eine territorial spürbare Präsenz erst allmählich aufgebaut wurde, war das europäische Auftreten in Lateinamerika praktisch gleichbedeutend mit Kolonialisierung. Vorhandene Strukturen wurden vielfach, wenn auch regional in unterschiedlichem Ausmaß, zerstört, was teilweise ein bewusster Akt, häufig aber die Folge eingeschleppter Krankheiten war. Abgesehen von der Gewinnung von Edelmetallen war Amerika insbesondere als Anbaugebiet für exportfähige Kulturpflanzen wie Zuckerrohr, Tabak, Kaffee oder Kakao von Interesse. Dabei bauten Portugiesen und Spanier auf Erfahrungen, die sie in früheren Kolonisationsbewegungen erworben hatten. Dazu zählte auch der Einsatz von Sklavenarbeit. Sklaverei war eine seit langem praktizierte Form der Arbeitsorganisation, die in Amerika sukzessive ausgebaut und in das exportorientierte System eingepasst wurde. Die weitgehende Entvölkerung großer Teile Lateinamerikas, aber auch kirchliche Vorbehalte gegen eine Versklavung der indigenen Bevölkerung, machten den massiven Einsatz von afrikanischen Sklaven zu einer Bedingung für das Funktionieren des Plantagensystems. Insbesonde-

re Portugiesen erhielten im Laufe des 15. Jahrhunderts entlang der westafrikanischen Küste Zugang zu bestehenden arabisch-afrikanischen Handelsverbindungen und damit zu den zentralen Anbietern von Sklaven. Insgesamt wurden vom 16. bis zum 19. Jahrhundert ca. 10-12 Millionen Afrikaner (v.a. Männer) zu „Amerikanern wider Willen“ gemacht. Damit war zwar noch keine weitreichende Integration Afrikas in die Weltwirtschaft verbunden, allerdings war damit jenes atlantische Dreieckssystem konstituiert, das zu den Schrittmachern frühmoderner globaler Integration zählte: Zucker und andere Produkte wurden aus Amerika nach Europa verschifft, von wo Fertigprodukte als Tauschwaren für Sklaven nach Afrika versendet wurden, die wiederum von Händlern nach Amerika gebracht wurden. Wesentlich an diesem System war, dass die daraus erwachsenden Gewinne überwiegend in europäischer Hand landeten und innerhalb Europas in zunehmendem Maße England dominierte. Diese erste Phase globaler Verdichtung hat in vielen Regionen der Erde zu einer nachhaltigen Veränderung sozialer, ökonomischer und ökologischer Systeme geführt. Wenn auch die dramatischsten Veränderungen vermutlich in Lateinamerika zu spüren waren, stellte aber selbst diese Verbindung keine Einbahnstraße dar: Mais, Süßkartoffeln und andere Güter fanden rasch ihren Weg nach Europa und Asien und veränderten regionale Ernährungsgewohnheiten. Auch bedeutete der europäische Aufstieg in der Frühen Neuzeit noch keine europäische Dominanz: Asien war als Wirtschaftssystem so stark, dass es auch im 18. Jahrhundert noch Zentrum der Weltwirtschaft war, die Welt war nach wie vor polyzentrisch organisiert und weite Teile davon noch gar nicht integriert. Zugleich darf selbst in Lateinamerika die Rolle der europäischen Kolonialherren nicht mit Allmacht verwechselt werden. Neben dem Anbau von Exportprodukten und dem Abbau von Silber existierten nach wie vor indigene Wirtschaftsstrukturen, auf die Spanier und Portugiesen vielfach angewiesen waren.

3. Globale Verdichtung und industrielle Revolution (1750-1850)

Ab der Mitte des 18. Jahrhunderts lassen sich Entwicklungen erkennen, die, ähnlich wie im 16. Jahrhundert, auf einen Schub verstärkter globaler Integration schließen lassen. Zunehmend mehr Regionen wurden Teil der miteinander regelmäßig interagierenden Weltteile: in Australien siedelten sich die ersten Briten an, in den USA wurde die Siedlungsgrenze sukzessive nach Westen geschoben, ebenso wie im russischen Imperium nach Osten – in beiden Fällen auf Kosten der indigenen Bevölkerungen. Jene Teile der Welt, die bereits miteinander in Beziehung standen, wurden stärker miteinander verbunden, und es lässt sich eine in zunehmendem Maße globale Dimension von Er-

eignissen erkennen: Bereits 1722 etwa platzte eine der ersten „Spekulationsblasen“ rund um die britische „South Sea Company“ mit den Folgen einer weit über das Land hinausreichenden Rezession. 1756 bis 1763 tobte als erster globaler militärischer Konflikt der Siebenjährige Krieg mit Schauplätzen in Amerika, Europa und Asien. Der Unabhängigkeitskrieg der britischen Kolonien in Nordamerika involvierte auch Frankreich und Spanien. Und schließlich hatte die französische Revolution ihren keineswegs fernen Nachhall in Sklavenaufständen der Karibik. Diese Entwicklungen waren Anzeichen für intensivere globale Zusammenhänge und verstärkten umgekehrt diese selbst wieder, indem sie ein gestiegenes Bewusstsein der globalen Reichweite scheinbar regionaler Ereignisse förderten. Zugleich ist darin ein Indiz zu sehen, dass zahlreiche Impulse globaler Vernetzung nun verstärkt von Europa und v.a. von Großbritannien ausgingen, was deren größere Rolle in der Welt widerspiegelt. Die Konkurrenz der europäischen Mächte untereinander, deren weitgehend akzeptierte Folge Kriege waren, förderte eine permanente Innovationsbereitschaft im militärischen Bereich. Damit verbunden war eine zunehmende Aufstockung und beständige Fortentwicklung der militärischen Arsenale. Dies verschlang Ressourcen in einem Ausmaß, das es für Imperien und Staaten immer nötiger machte, zusätzliche und regelmäßige Mittel zu gewinnen. Um die Ressourcenabschöpfung zu optimieren, war der Ausbau staatlicher Institutionen wie die regelmäßige Steuererhebung von zentraler Bedeutung. Staatliche Eingriffe in Ökonomie und Gesellschaft wurden damit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts regelmäßiger und intensiver, entweder durch Verstärkung zentralistischer Elemente oder um den Preis einer zunehmenden Beteiligung breiterer Bevölkerungsschichten an politischen Entscheidungsprozessen. Dies galt sowohl für Europa selbst als auch für die überseeischen Kolonien und – in abgewandelter Form – für die asiatischen Großreiche. Die Folgen dieser Versuche waren höchst unterschiedlich: eine Intensivierung kolonialer Herrschaft Spaniens und Portugals war letztlich mit ein Grund für den Erfolg lateinamerikanischer Unabhängigkeitsbestrebungen im frühen 19. Jahrhundert. Großbritannien wiederum gelang es recht erfolgreich, diesen Herausforderungen zu begegnen. Zum ersten konnte die Ressourcenabschöpfung im Lande selbst deutlich gesteigert werden. Mit ein Grund dafür waren Maßnahmen zur Förderung der heimischen Wirtschaft. Zum zweiten profitierten britische Händler im Welthandel von der Übernahme der Positionen konkurrierender europäischer Mächte. Und zum dritten gelang es, in verstärktem Maße direkte oder indirekte Herrschaft über außereuropäische Regionen zu erreichen. Die vermutlich größte Bedeutung erlangte dabei die Eroberung Indiens durch die britische Ostindien-Kompanie (EIC) seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. Indische Regionen wie Bengalen zählten zu

den globalen Zentren der Textilindustrie, die ihre qualitativ hochwertigen Produkte zu günstigeren Preisen als die europäische Konkurrenz anbieten konnten. Zum Schutz der heimischen Industrie ging Großbritannien zunächst dazu über, protektionistische Maßnahmen gegenüber Importen aus Indien zu ergreifen. Zugleich wurde es für die EIC in zunehmendem Maße nötig, durch permanent steigende Kosten, insbesondere im militärischen Bereich, ihre Ressourcenbasis zu verbreitern und zu verstetigen. Ein Weg dazu war, ihre Präsenz im asiatischen Bereich auf territoriale Herrschaft zu erweitern, um so größere Kontrolle über die regionale Wirtschaft zu erlangen und regelmäßige Steuereinnahmen erzielen zu können. Zu diesem Zeitpunkt war nach dem Zerfall des Mogulreichs der indische Subkontinent durch die Konkurrenz regionaler Mächte geprägt. Dies erleichterte der EIC die territoriale Expansion, beginnend mit der Eroberung Bengalens 1757, damals eine der reichsten Gewerberegionen der Welt. Von nun an gelang es, die britische Herrschaft am indischen Subkontinent durch Koalitionen mit regionalen Herrschern zu erweitern und zugleich die europäische Konkurrenz aus Indien zu verdrängen. Schrittweise wurden die indischen Gewerberegionen deindustrialisiert und das Land zu einem Rohstofflieferanten für Großbritannien degradiert.

Die zentrale Position Großbritanniens im Welthandel und der Zugriff auf die indischen Ressourcen förderten jene Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich die Industrialisierung durchsetzen konnte, was seinerseits wiederum die globale Vorherrschaft Großbritanniens und schließlich des industrialisierten Westens im 19. Jahrhundert stützte. Die Diffusion technischer Innovationen erlaubte die billige Massenproduktion für einen globalen Absatzmarkt, der wiederum durch die Übertragung technischer Innovationen auf den kommerziellen und militärischen Bereich (z. B. Dampfschiffe) erweitert und abgesichert werden konnte. Zugleich förderte die Dominanz britischer Exportprodukte die Durchsetzung einer Freihandelsdoktrin, die ab der Mitte des 19. Jahrhunderts westeuropäische Länder freiwillig übernahmen, der sich Regionen ohne konkurrenzfähige Industrie oder kolonialisierte Regionen aber häufig unfreiwillig zu beugen hatten. Höhepunkt der gewandelten Verhältnisse war die „Öffnung“ Chinas: Der gewaltige Binnenmarkt dieses Reiches war für europäische Exporte nur schwer zu erreichen. Seit dem späten 18. Jahrhundert aber gelang es den Briten sukzessive mit dem Export von Opium, Zugang zum chinesischen Markt zu gewinnen. Bis in die 1830er Jahre stieg der chinesische Opiumkonsum, von den Briten massiv gefördert, rasant und sorgte für einen massiven Silberabfluss aus dem Land. Chinesische Maßnahmen zur Beschränkung des Imports führten zu den beiden Opiumkriegen 1839-42 bzw. 1858-60, die zur vollständigen Liberalisierung des Opiumhandels führten. Ihre militärische Überlegenheit hatten die Briten dabei

nicht zuletzt dem Einsatz von Dampfschiffen zu verdanken, denen die Chinesen nur wenig entgegenzusetzen hatten. Zwar versuchte China immer wieder, gezielt einzelne Elemente der spätestens jetzt erkennbaren westlichen Überlegenheit zu adaptieren, doch blieben diese Bemühungen häufig im Ansatz stecken oder scheiterten an ungünstigen Voraussetzungen: Kohlevorkommen etwa, unabdingbar für die Industrialisierung, waren in China weit ungünstiger gelegen als jene in Großbritannien. Die Adaptierung des militärischen Potentials des Westens wurde zunehmend kostspieliger, was wiederum auf die geringeren Möglichkeiten des chinesischen Imperiums verweist, Ressourcen in vergleichbarem Ausmaß zu mobilisieren. Dies lag nur teilweise an den Institutionen des Reichs selbst, als daran, dass die westeuropäischen Zentren im Gegensatz zu China über Ressourcen aus direkt (Kolonien) oder indirekt kontrollierten Imperien (z.B. Teile Afrikas und Lateinamerikas) verfügen konnten. Zugleich entzogen Bürgerkriege, Hungerkatastrophen und Interventionen des Westens aber auch Japans, gefolgt von Reparationen und „ungleichen Verträgen“ dem chinesischen Imperium den materiellen und politischen Spielraum für einen Aufholprozess.

In der Periode von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts lassen sich damit Prozesse verdichteter globaler Interaktionen in Verbindung mit einer zunehmend deutlicher werdenden europäischen Hegemonie erkennen. Innerhalb Europas wiederum setzte sich Großbritannien als zentrale Macht durch, die zur Mitte des 19. Jahrhunderts die globale Ökonomie dominierte. Großbritannien setzte aus dieser Position die Doktrin des Freihandels durch und erschwerte damit zunehmend den Aufbau eigenständiger Industrialisierungen in weiten Teilen der Welt. Globalisierungsprozesse umfassten nun aber in zunehmendem Maße auch eine Auseinandersetzung mit Elementen europäischer Dominanz und den Versuch, diese auf Grundlage eigener Traditionen zu adaptieren. Diese Elemente beinhalteten technische und ökonomische Institutionen und Innovationen, aber auch Ideen und Ideologien wie den Nationalismus oder die Ideen der Französischen Revolution. Gerade diese Elemente wurden in den folgenden Jahrzehnten aber auch immer wieder herangezogen, um sich von europäischer Dominanz zu lösen. Tonangebend dabei waren häufig Gruppen, die durch Bildung oder Reisen intensiver mit Europa oder später mit den USA in Kontakt gekommen waren.

4. Europäische Dominanz und die goldene Zeit der ersten Globalisierung (1850-1914)

Die Periode von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs wird als Phase der ersten tatsächlichen Globalisierung verstanden, die Parallelen zu aktuellen Prozessen aufweist. Großbritannien war in dieser Periode Zentrum der Weltwirtschaft, wenn auch in zunehmendem Maße Deutschland und v.a. die USA an Bedeutung gewannen. Vor dem Hintergrund des relativen Niedergangs asiatischer Regionen ist besonders der Aufstieg Japans bemerkenswert. Eine gezielte und selektive Rezeption europäischer Elemente und deren Verknüpfung mit bestehenden Traditionen führten das Land rasch von der jahrhundertelangen selbstgewählten Isolation zu einer auch für Europäer ernstzunehmenden Macht.

Insgesamt gesehen, beruhten die Prozesse beschleunigter globaler Interaktion in dieser Periode auf einem Wechselspiel eng miteinander verknüpfter Prozesse: der Ausbau der Eisenbahnverbindungen ab den 1840er Jahren beschleunigte und verbilligte interregionale Verbindungen. Mit der Eröffnung des Suezkanals 1869 und des Panamakanals 1914, ebenso wie mit der Ausbreitung der Dampfschiffahrt wurden die Distanzen zwischen den Zentren der Weltwirtschaft und anderen Regionen der Welt deutlich rascher und billiger überbrückt. Sowohl der Güterverkehr als auch die überseeische Migration v.a. aus Europa und Asien wurden dadurch erleichtert. Die Telegraphie beschleunigte die Kommunikation rapide. Die Verbreitung dieser technischen Innovationen wurde durch Kapitalinteressen erleichtert, beschleunigte selbst aber wiederum den Transfer von Kapital. Damit wurde die Durchsetzung vergleichbarer Maß- und Gewichtseinheiten zunehmend als wesentlich für den internationalen Handel erachtet, ebenso wie die 1884 begonnene Einführung der auf dem Nullmeridian in Greenwich basierenden Weltzeit. Parallel dazu sollte der schrittweise von Großbritannien übernommene Goldstandard die Währungskonvertibilität gewährleisten und damit den internationalen Kapitaltransfer erleichtern. Dies ist zugleich ein Indiz dafür, dass angesichts dieser internationalen Verflechtungen deren Regulierung in zunehmendem Maße als notwendig betrachtet wurde, was wiederum Grundvoraussetzung für eine weitere Stärkung des internationalen Verkehrs darstellte. Bemerkenswert an der steigenden Zahl internationaler Regelungen ist, dass Staaten als maßgebliche Akteure in diesen Regulierungsprozessen unbestritten waren. Der europäische Staat wurde in dieser Periode als Akteur immer wichtiger und bildete eine ganze Reihe seiner „modernen“ Funktionen auch erst vor dem Hintergrund dieser Globalisierungsprozesse aus, was ihn zu einem integralen Bestandteil von Globalisierung machte. Dabei beschränkte sich die Ausdehnung der Staatstätigkeit nicht auf die internationale Regulierung globaler Interaktionen. Vielmehr wurde der Staat in vielen

Regionen als legitimer Akteur zur Durchsetzung von Globalisierungsprozessen (z.B. politische und militärische Maßnahmen zur „Öffnung“ von Märkten) oder zur Milderung von Globalisierungseffekten (z.B.: agrarprotektionistische Maßnahmen) wahrgenommen. Und schließlich wurde der europäische Staat selbst „globalisiert“, war er doch sowohl Anknüpfungspunkt für koloniale Herrschaft als auch für jene Bewegungen, die in Staatlichkeit ein Mittel zur Befreiung von kolonialer Herrschaft oder zu rascher Entwicklung sahen. Ein Bewusstsein für globale Dimensionen scheinbar regionaler Ereignisse wurde für immer mehr Menschen relevant, gefördert durch die Expansion der Tageszeitungen, deren weltweite Zahl sich im 19. Jahrhundert verzehnfachte. Aktuelle Meldungen aus aller Welt wurden von internationalen Nachrichtenagenturen wie der 1851 von Julius Reuter in London gegründeten geliefert. Und auch Vorformen von „Globalisierungsprotest“ lassen sich erkennen: 1894 scheiterte der Versuch einer anarchistischen Gruppierung, das Royal Astronomical Observatory, in dem die Weltzeit gemessen wurde, zu sprengen.

Die Globalisierungsprozesse dieser Periode waren regional unterschiedlich verdichtet und entwickelten sich entlang jener hierarchischen Strukturen, die bereits zur Mitte des 19. Jahrhunderts erkennbar waren. Die Zentren der Weltwirtschaft, allen voran Großbritannien, waren an einem möglichst barrierefreien Welthandel interessiert, was aufgrund ihrer Dominanz in Handel und Industrie bereits bestehende Abhängigkeiten festigte. Dies implizierte, dass Kolonien und Regionen, über die Westeuropa informelle Herrschaft ausübte, die Rolle als Rohstoff- und Nahrungsmittlexporteur bzw. Absatzmärkte europäischer Erzeugnisse zugeordnet war. Diese Arbeitsteilung wurde durch neue Institutionen und Infrastrukturen verstärkt: Koloniale Eisenbahnnetze waren deutlich weniger dicht als jene in den Zentren der Weltwirtschaft und dienten in vielen Fällen dazu, den Transport von Exportgütern in die Häfen zu erleichtern. Der Goldstandard festigte die zentrale Rolle der Bank of London und des Pfund Sterling als Leitwährung. Tageszeitungen expandierten zwar weltweit, überproportional aber in Europa und den USA. Zahlreiche Regionen außerhalb der ökonomischen Zentren begannen sich zusehends in eine Abhängigkeitsspirale zu verwickeln, die auch heute noch oder wieder maßgeblich ist: Lateinamerika beispielsweise hatte aus der kolonialen Periode eine ökonomische Struktur geerbt, die eine hohe Exportabhängigkeit im Rahmen eines kleinen Güterspektrums beinhaltete. Die gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen und Nahrungsmitteln für die industriellen Zentren der Weltwirtschaft prolongierte diese Abhängigkeit, bot aber eine der wenigen Möglichkeiten, Devisen zu erwirtschaften. Damit war man aber weiterhin vom Weltmarkt und seinen schwankenden Preisen abhängig. Die Kreditabhängigkeit von den Hauptabnehmern dieser Ex-

portgüter, die damit wirtschaftspolitische Zugeständnisse erzwingen konnten, aber auch lokale Eliten, die auf der bestehenden ökonomischen Struktur ihren Einfluss begründeten, erschwerten eine nachhaltige Strukturveränderung. Kraftanstrengungen, die Staaten unternahmen, um eine eigene konkurrenzfähige Industrie aufzubauen und ihr militärisches Potential zu stärken, führten im Falle Japans zum Erfolg, trieben aber Regionen wie Ägypten in eine Schuldenfalle, die europäische Interventionen nach sich zogen. Insgesamt gesehen, stellte das 19. Jahrhundert eine Periode wachsender ökonomischer Unterschiede zwischen den Weltregionen dar.

Parallel zur vorläufigen Etablierung europäischer Vorherrschaft lässt sich auch eine wissenschaftliche Ausformulierung kulturell und teils „rassisch“ begründeter Überlegenheit Europas bzw. der „weißen Rasse“ erkennen. Dazu zählten darwinistische Erklärungsmuster, die eine Überlegenheit der „weißen Rasse“ postulierten und damit die europäische Hegemonie gleichermaßen als Naturgesetz auch in Vergangenheit und Zukunft projizierten. Aber auch bei Adam Smith, Karl Marx oder Max Weber lassen sich Denkmuster erkennen, die eine strukturell bedingte Überlegenheit Europas erkennen wollten. Manche Völker wären demzufolge nur dann in der Lage, den Weg in die „Modernität“ zu finden, wenn sie dem europäischen Pfad der Entwicklung folgen. Diese Bilder beeinflussten nicht nur die koloniale Herrschaftspraxis; auch für die Selbstdeutung und die Forderungen von Gruppen in kolonialisierten Regionen, aus denen sich zahlreiche Protagonisten anticolonialer Bewegungen rekrutierten, wurde die Auseinandersetzung mit diesen Bildern zu einem wichtigen Element. Dies ist auch ein Indiz dafür, dass, trotz zunehmender europäischer Dominanz, Menschen in den peripheren Regionen der Welt nicht einfach Objekte westlicher Überlegenheit waren. Vielmehr lassen sich Prozesse je unterschiedlicher Aneignung europäischer Vorgaben erkennen, was insbesondere am Beispiel Afrikas deutlich wird: Europäische Interessen transformierten sich seit den 1870er Jahren zunehmend zu territorialer Herrschaft. Der allmähliche Wandel der ökonomischen Grundlage zahlreicher Gesellschaften vom Sklavenhandel zum Anbau bzw. zur Gewinnung exportorientierter Güter stellten in Afrika vielfach traditionelle Strukturen in Frage, die es Europäern erleichterte, Einfluss zu erringen. Bei der Errichtung kolonialer Herrschaft war jedoch die Anknüpfung an lokale Gegebenheiten und Erwartungshaltungen wesentlich. Auch bei der Ausgestaltung kolonialer Herrschaft in den folgenden Jahrzehnten waren Europäer aufgrund ihrer zumeist geringen Präsenz bis zum Zweiten Weltkrieg auf die Kooperation lokaler Akteure angewiesen. Kolonialismus war überdies nicht nur auf Auswirkungen auf Afrika beschränkt. Praktiken kolonialer Herrschaft, etwa im Bereich der Administration, stellten häufig ein Modell dar, das sukzessive in

den Kolonialstaaten selbst übernommen wurde. Insgesamt gesehen ist Kolonialismus als wesentlicher Prozess dieser Phase der Globalisierung nicht ohne die „Kolonisierten“ zu verstehen, der trotz eindeutiger Dominanzverhältnisse keine Einbahnstraße darstellte, sondern gegenseitige Beeinflussung konstituierte.

5. Das Ende der ersten Globalisierung (1914-1945)?

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs erschien es vielen Zeitgenossen aufgrund der stark verflochtenen Ökonomien höchst unwahrscheinlich, einen großen militärischen Konflikt zwischen europäischen Mächten zu erleben. Die globalisierte Wirtschaft verhinderte bekanntlich den Ersten Weltkrieg nicht, ein Krieg, der zwar im Kern ein europäischer war, gleichwohl aber die intensiven internationalen Verbindungen reflektierte. Augenscheinlichstes Beispiel dafür waren die zahlreichen Soldaten aus den Kolonien, die in Europa kämpften. Alleine in die französische Armee waren nahezu eine halbe Million afrikanischer Soldaten eingereiht. Es waren nicht zuletzt die besser gestalteten Möglichkeiten Großbritanniens und Frankreichs, globale Ressourcen zu mobilisieren, die für den Ausgang des Krieges verantwortlich zeichneten.

Zugleich stellte der Erste Weltkrieg den Auftakt einer *partiellen* Kontraktion dar, die bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs andauern sollte und die Periode der ersten Globalisierung beendete. Zahlreiche Bausteine der Vorkriegszeit brachen zusammen: Der Goldstandard verlor, nachdem er im Krieg faktisch ausgeschaltet worden war, nach 1918 an Vertrauen und integrativer Kraft. Dies wiederum war Symbol für den relativen Bedeutungsverlust Großbritanniens gegenüber den USA, die sich nunmehr endgültig zum ökonomischen Zentrum der Welt aufschwangen, ohne damit zunächst eine politische Führungsrolle zu verbinden. Internationale Migrationsbewegungen wurden in zunehmendem Maße Objekt von Kontrolle und Versuchen der Einschränkung. Dem Staat waren kriegsbedingt größere Kompetenzen zugewiesen, die er in vielen Fällen auch nach 1918 beibehielt, wobei hier besondere Erwartungshaltungen an Bedeutung gewannen. Diese Erwartungshaltungen wiesen dem Staat eine zunehmend protektionistische Rolle zu. Hatte der europäische Staat also von der Globalisierung des 19. Jahrhunderts profitiert und hatte er sie selbst vorangetrieben, so wurde ihm nunmehr verstärkt die Rolle zugewiesen, negative Globalisierungseffekte abzuwehren. Hintergrund dieser Formulierungen waren die negativen Erfahrungen mit globaler Vernetzung auch in den Zentren der Weltwirtschaft. Hierzu zählte der Erste Weltkrieg ebenso wie die Spanische Grippe, die

1918/19 faktisch keinen Ort der Welt verschonte und insgesamt 25-50 Millionen Menschenleben forderte. Dazu zählten in weiterer Folge natürlich auch die Weltwirtschaftskrise und der Zweite Weltkrieg. Trotz aller kontrahierenden Tendenzen ist die Periode zwischen 1914 und 1945 aber nicht als Ende globaler Integration zu verstehen. Zwar erreichten etwa die Exportquoten der europäischen Staaten bis in die 1970er Jahre nicht mehr das Niveau von 1913, doch lassen sich auch Gegenbeispiele anführen. Die globalen Effekte der erwähnten Katastrophen erklären sich aus dem Umstand, dass die weltweite Vernetzung nach wie vor sehr dicht war. Nationalstaaten waren in vielen Bereichen sogar noch stärker als vor 1914 zentrale Akteure bei der Regelung globaler Interaktionen. Erstmals wurde mit dem 1919 gegründeten Völkerbund eine weltweite politische Dachorganisation geschaffen. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurden sukzessive kommerzielle Flugverbindungen eingerichtet und nach dem Telefon fand nun auch das Radio als Kommunikationsmedium Verbreitung.

Gleichwohl war auch für Zeitgenossen unverkennbar, dass die Fäden der Welt in vielen Bereichen nicht mehr in erster Linie in Westeuropa zusammenliefen. Die militärischen und ökonomischen Ambitionen Japans wurden immer deutlicher erkennbar und aus der neu entstandenen Sowjetunion entfaltete sich die für zahlreiche Menschen auf der Welt attraktive Ideologie des Leninismus. Von der europäischen Selbstzerstörung des Ersten Weltkriegs haben v.a. aber die USA profitiert. Nachdem sich das Land bereits vor 1914 zum größten industriellen Produzenten entwickelt hatte, wurde es nach dem Krieg zum Zentrum der Weltwirtschaft insgesamt. Die Vereinigten Staaten lieferten aber auch kulturelle Impulse, die, wie die Filmproduktion, nun auch jenseits der Grenzen des Landes an Attraktivität gewannen, wenn auch erste Warnungen vor einer „Amerikanisierung“ laut wurden. Im Krieg hatten sich die westlichen Alliierten bei amerikanischen Banken hoch verschuldet. Auch der europäische Wiederaufbau wurde wesentlich mit Kapital aus den USA finanziert. Die USA exportierte aber nicht nur Kapital, sondern auch industrielle und agrarische Güter, während sie sich zugleich durch hohe Zölle vor Importen schützte. Damit konnte Europa seine Schulden kaum durch Exporte in die USA ausgleichen, was die europäische Wirtschaft von amerikanischen Krediten abhängig machte. Dies wiederum bedeutete, dass die europäische Wirtschaftsentwicklung stark von jener der USA abhängig war, was ein wesentlicher Grund für die Globalisierung der Wirtschaftskrise war. Nunmehr schien vielen die nationale Abschottung die einzige Möglichkeit zu sein, weitere negative Entwicklungen abzuwenden.

Die ökonomische Krise der Zentren verschonte die Peripherien nicht. Die Bemühungen zahlreicher Staaten, im Windschatten der kriegsbedingt geschwächten europäischen Konkurrenz, eigene Industrien aufzubauen, wurden großteils durch die Abschottung der Zentren nach 1918 zunichte gemacht. Der Rückgang des Welthandels bedeutete aber nicht zwangsläufig eine Lockerung der Interaktionen zwischen Zentrum und Peripherie. Kolonien wurden stärker denn je auf die Erfordernisse der Kolonialmächte hin ausgerichtet. Vielfach wurden die Kosten der ökonomischen Depression auf die Kolonien abgewälzt, was deren ökonomische Lage noch mehr in die Krise trieb. In der Folge verschuldeten sich die Kolonien rasant, was die Kolonialreiche zu stärkerer Intervention und damit zu einem Ausbau des Kolonialstaates bewog. Zugleich lässt sich erkennen, dass der Kolonialismus während dieser Periode elementare Grundlagen seiner prekären Legitimation verspielte. Das Beispiel des Ersten Weltkriegs hat zahlreichen Menschen, auch in den Kolonien, deutlich gemacht, wie wenig gerechtfertigt ein europäischer Anspruch auf Zivilisierung ist. Der zweite globale Krieg des Jahrhunderts verstärkte diese Zweifel.

6. 1945-1990: Anlauf zur zweiten Globalisierung

Bereits im Laufe des Zweiten Weltkriegs wurden von den Alliierten Überlegungen angestellt, wie eine neuerliche Katastrophe dieser Art verhindert werden könnte. Man kam zu dem Schluss, dass wesentliche Gründe für den Krieg in den ökonomischen Krisen der Zwischenkriegszeit zu suchen sind. Zur Verhinderung ähnlicher Krisen mit globaler Reichweite wurde 1944 das System von Bretton Woods entwickelt. Grundsätzlich sollten die Institutionen dieses Systems globale Interaktionen erleichtern, dabei aber sowohl größere Stabilität gewährleisten als auch Mechanismen beinhalten, die eine Fortpflanzung regionaler Krisen auf die Weltwirtschaft erschweren sollten. Die trotz des Scheiterns von Bretton Woods in den 1970er Jahren nach wie vor bestehenden Institutionen des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade, seit 1995: WTO: World Trade Organization), der Weltbank (eigentlich: Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) und des IWF (Internationaler Währungsfonds) schienen dazu besonders geeignet, weil bei ihnen auch wirtschafts- und finanzpolitische Rahmenbedingungen starke Berücksichtigung fanden. Ein zweiter Schluss, der aus den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit gezogen wurde, war, dass einer Nachfolgeorganisation des Völkerbunds größere Möglichkeiten offen stehen sollten. Daher fanden – auch vor dem Hintergrund der Nürnberger Prozesse – im Rahmen der 1945 gegründeten UNO international verbindliche Standards wie die Menschenrechte stärkere Berücksichtigung. Durch diese Stärkung transnationaler

Organisationen wurden allerdings weder der Staat noch die ungleichen Verbindungen zwischen Zentren und Peripherien der Weltwirtschaft relativiert. Dabei schienen zunächst durchaus entsprechende Ansätze erkennbar zu sein. Das europäische Machtvakuum nach dem Zweiten Weltkrieg wurde rasch von den USA und der UdSSR gefüllt, die, im Schatten ihrer die ganze Erde bedrohenden nuklearen Waffenarsenale, ein System der Bipolarität entwickelten. Beide Mächte beriefen sich auf eine antikoloniale Grundhaltung, die sich aber in erster Linie auf die zerfallenden Imperien der „alten“ europäischen Kolonialmächte bezog. Bis in die 1970er Jahre wurde nicht zuletzt aufgrund der hohen Kosten für die Kolonialmächte ein Großteil der kolonisierten Regionen in die staatliche Unabhängigkeit entlassen. Die UNO konnte in dieser Periode etwa von afrikanischen Staaten als Forum für antikoloniale Forderungen genützt werden. Einer Reihe dieser Länder gelang bis in die 1970er Jahre ein ökonomischer Aufholprozess, für einige begünstigte Regionen schien sich mit Ölfunden eine unerschöpfliche Geldquelle zu öffnen. Das internationale bipolare System ermöglichte zudem für Staaten, insbesondere in Afrika und Asien, den Handlungsspielraum, sich den Wechsel auf die „richtige“ Seite mit finanzieller Unterstützung abgelden zu lassen. Die 1970er Jahre bildeten aber für viele Staaten der Peripherie das Ende der zaghaften Aufholprozesse: Die etwas günstigere Lage in den vorangegangenen Jahren war nur selten genutzt worden, um die ökonomische Struktur zu diversifizieren. Entsprechend führte die zunehmende Verschlechterung der „terms of trade“ für die angebotenen Produkte zu einem nachhaltigen Steigen der Verschuldung, was durch die Ölkrise 1973 noch verschärft wurde. Und auch jene Ölfelder, die zunehmenden Wohlstand versprachen, nützten eher westlich dominierten Konzernen oder staatlichen Eliten als den jeweiligen Bevölkerungen. Einen nachhaltigen Aufstieg erlebten in dieser Periode im Wesentlichen nur asiatische Staaten: Japan, das sich endgültig zur ökonomischen Weltmacht entwickelte und in seinem Gefolge die vier „Tiger“ Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur. Insgesamt stieg damit das Schuldenniveau v.a. in Lateinamerika und Afrika in einem Ausmaß, das die internationalen Institutionen zu dem Zeitpunkt auf den Plan riefen, als westliche Banken durch Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerländer gefährdet erschienen: Strukturanpassungsprogramme waren die Folge, die vielfach mühevoll aufgebaute staatliche Institutionen unterminierten und kaum positive Ergebnisse gezeitigt haben. Diese Entwicklungen weisen Parallelen zum britischen und französischen Vorgehen gegen überschuldete Regionen wie Ägypten im 19. Jahrhundert auf und legen nahe, dass sich viele Bedingungen globaler Interaktionsmuster kaum geändert hatten, wenn auch die Zentren etwas verschoben waren. Die Vereinigten Staaten hatten ihre ökonomisch dominante Rolle durch den Krieg noch wei-

ter ausbauen können und formulierten nun auch einen antikommunistisch fundierten und damit grundsätzlich globalen Führungsanspruch – zumindest für die nicht direkt sowjetisch dominierten Regionen der Erde. Diese nun auch politisch zum Ausdruck kommende Dominanz war allerdings nicht ganz ohne Traditionen. Die Monroedoktrin hatte Lateinamerika indirekt als Einflussgebiet der USA definiert, was sich in etwa 40 militärischen Interventionen der Vereinigten Staaten in Mittel- oder Südamerika seit dem 19. Jahrhundert abgebildet hat. Der Einfluss der globalen Zentren war zwar nach 1945 insofern relativiert, als er durch das bipolare Mächtesystem gebrochen war, doch standen dafür im Gegensatz zu den Jahrzehnten zuvor nun stärkere transnationale Institutionen als Arenen politischer und ökonomischer Machtausübung zur Verfügung. Dies gilt insbesondere für die Institutionen von Bretton Woods. Ähnlich wie beim Goldstandard der britische Pfund Sterling entwickelte sich auch im Rahmen des internationalen Währungssystem nach 1945 der US-Dollar zu einer mehr oder weniger expliziten Leitwährung, von deren Stabilität das Funktionieren des Systems abhing. Den USA gelang es in zunehmendem Maße, Kosten für die Aufrechterhaltung dieses Systems ihren Verbündeten aufzubürden, auch wenn dies letztlich den Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods beschleunigte. Institutionen wie GATT sorgten für eine zunehmende Liberalisierung und Steigerung des Welthandels: In den 1970er Jahren hatte er wieder das Niveau von 1913, dem Höhepunkt der ersten Globalisierung, erreicht. Zugleich war diese Liberalisierung aber insofern beschränkt, als sie im Wesentlichen auf die Interessen der westlichen Zentren zugeschnitten war. Der europäische Agrarsektor etwa war und ist nach wie vor durch hohe Zölle von Importen aus den Peripherien geschützt. Der sowjetischen Hemisphäre, die nicht Teil des Systems von Bretton Woods war, gelang es im Gegensatz zu den USA im Rahmen der Strukturen des RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe = Comecon) nicht in dem Ausmaße, die zur imperialen Machterhaltung nötigen Ressourcen zu mobilisieren, was einer der wesentlichen Gründe ihres Zerfalls war.

7. Eine neue Globalisierung?

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums wurde vielfach als Indiz für eine von Grund auf neue Phase der Geschichte gewertet, deren Hauptmerkmal eine beschleunigte Globalisierung sei, die alle bisher gültigen Orientierungsmuster für obsolet erkläre. Dies ist vor dem Hintergrund einer historischen Verortung in einzelnen Punkten zu relativieren, wie an drei Beispielen kurz skizziert werden soll: Zum ersten ist die Annahme, dass der Staat durch Globalisierungsprozesse an Bedeutung verliert, keineswegs erwiesen. Nimmt man die Zahl der UNO-Mitgliedsstaaten als Indikator,

hat die Attraktivität der Organisationsform Staat in den letzten Jahrzehnten eindeutig zugenommen. 1945 von 51 Staaten gegründet, umfasste die UNO 1975 bereits 144 Staaten, während sie bis heute (2006) auf 192 Mitglieder angewachsen ist. Auch die Abnahme staatlicher Kompetenzen und Tätigkeiten lässt sich für weite Teile der Erde nicht belegen. In den Zentren der Globalisierung ist eine signifikante Abnahme der Staatsquote, also des Anteils der staatlichen oder staatlich bedingten ökonomischen Aktivität an der wirtschaftlichen Gesamtleistung einer Volkswirtschaft, nicht zu erkennen. Jene Institutionen, die für eine Schwächung von Staaten verantwortlich gemacht werden, wie IWF, WTO oder auch UNO beruhen auf der Mitgliedschaft von Staaten, deren Souveränität im Übrigen in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist. Eine Schwächung von Staaten lässt sich zumindest in den Zentren der Globalisierung nicht pauschal behaupten. Auch der historische Vergleich stützt diese Relativierung: Globalisierung und Verbreitung des europäischen Staates gingen im 19. Jahrhundert Hand in Hand. Nichtsdestotrotz sind insbesondere auf Seiten der „Globalisierungsverlierer“ gegenläufige Tendenzen unverkennbar: Vorgaben des IWF förderten in einigen Ländern Lateinamerikas und Afrikas die Schwächung staatlicher Institutionen. In einigen Regionen Afrikas ist die Tendenz zum „Staatszerfall“ unverkennbar. Gleichwohl ist dahinter nicht zwangsläufig eine defizitäre Entwicklung zu sehen; eine Reihe von Forschern spricht vielmehr von einem afrikanischen Weg in die Moderne. Schließlich war weiten Teilen des afrikanischen Kontinents vor der Bildung kolonialer Herrschaftsstrukturen das europäische Verständnis von Staat fremd.

Als zweites Indiz für die Neuartigkeit und Rasanz gegenwärtiger Globalisierungsprozesse gilt die gestiegene Rolle trans- oder multinationaler Konzerne. Auf der Liste der größten ökonomischen Einheiten der Welt tummeln sich derzeit mehr Unternehmen als Staaten. Die Geschichte multinationaler Konzerne lässt sich ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Ein Hintergrund für deren grenzüberschreitende Expansion lag primär darin, dass aus nationalen Entwicklungsunterschieden Kapital geschlagen werden sollte. Dabei kontrollierten diese Konzerne in einer Reihe von Staaten große Teile jener Infrastruktur, die, wie Eisenbahnen oder die Energieversorgung, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überwiegend staatlich kontrolliert waren. Ein weiteres Motiv für die Entwicklung multinationaler Konzerne war die Notwendigkeit, etwa für Lebensmittelkonzerne, verstärkt auf den Geschmack lokaler KonsumentInnen eingehen zu können. Es sind also gerade „nationale“ Unterschiede, die unter bestimmten Umständen die Bildung multinationaler Konzerne fördern konnten. Dabei ist selbst innerhalb dieser Unternehmen die Globalität oder Transnationalität nicht so weit fortgeschritten wie vielfach angenommen wird: Großkonzerne unterscheiden sich in ihrem „corpo-

rate behaviour“ teils erheblich, was von der Forschung u.a. auf die nationalen Wurzeln dieser Unternehmen zurückgeführt wird.

Ein drittes Element in der gegenwärtigen Diskussion bezieht sich auf die kulturelle Dimension von Globalisierung. Bedingt durch die Dominanz amerikanischer Massenkultur und vorangetrieben durch neue Medien wie das Internet, schreite die Einebnung kultureller Unterschiede voran. Auch hier sind aus historischer Perspektive Zweifel an der Pauschalität dieser Aussage anzumelden. Die britische Dominanz im 19. Jahrhundert etwa, die teilweise auch mit dem Anspruch einer Zivilisierungsmission verbunden war, lässt sich mit kultureller Vereinheitlichung nur unzureichend umschreiben. Einerseits war etwa in den Kolonien eine regional unterschiedliche Rezeption europäischer Kulturelemente erkennbar, die durchaus weit gehen konnte, wie bei Angehörigen der neu herangebildeten Bildungseliten. Zugleich gingen aber gerade aus diesen Gruppen wesentliche Impulse für eine „Rückbesinnung“ auf indigene „Werte“ aus, die selbst ein Konstrukt waren, das sich aus europäischen Vorstellungen von Identität und Kultur speiste. Vieles von dem, was heute als Beispiel regional typischer und durch die Globalisierung gefährdeter Kultur gilt, ist selbst Ergebnis älterer Globalisierungsprozesse wie bestimmte Kleidungs- oder Ernährungsgewohnheiten.

Aus historischer Perspektive sind aktuelle Globalisierungsprozesse demnach differenziert zu bewerten. Das Ausmaß von Globalisierungsbewegungen, nimmt man etwa den Welthandel oder internationale Kapitalbewegungen als Indikator, übersteigt mittlerweile die erste Globalisierung. Gleichwohl ist damit noch nicht zwangsläufig eine grundsätzlich andere Qualität von Globalisierung belegt. In zahlreichen Bereichen lässt sich eine bemerkenswerte Persistenz alter Muster erkennen. Insbesondere die Rolle lateinamerikanischer und afrikanischer Regionen in der Weltwirtschaft scheint eine unheilvolle „Pfadabhängigkeit“ aufzuweisen. Andere Beispiele schließlich verweisen auf die mögliche Renaissance älterer Muster: Der als spektakulär empfundene Aufstieg Chinas und Indiens wird von manchen als erster Schritt zur neuerlichen Erringung jener zentralen Rolle bewertet, die Asien über lange Jahrhunderte hinweg inne hatte. Wie die Geschichte zeigt, ist Globalisierung damit kein naturnotwendiger, sondern ein von Menschen gemachter, fragiler Prozess und damit sowohl wandelbar als auch gegenläufigen Tendenzen unterworfen.

Thomas Buchner, Dr., geboren 1974 in Linz/ Donau, studierte Geschichte und Politikwissenschaft in Salzburg (1992-1998), und promovierte anschließend in Salzburg und Amsterdam (1999-2003). Seit 1999 folgten zahlreiche Forschungsaufenthalte in den Niederlanden. Von 2000 bis 2004 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Drittmittelprojekten in Salzburg und Wien. Seit 2005 ist er Universitätsassistent am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Universität Linz. Seine Forschungs- und Interessenschwerpunkte sind die Geschichte der Arbeit im europäischen Vergleich, Geschichte der Wirtschaftsgeschichte und Globalgeschichte.

Ausgewählte Literatur

Christopher A. Bayly, *The Birth of the Modern World 1780-1914*, Oxford 2004.

Knut Borchardt, *Globalisierung in historischer Perspektive*, München 2001.

Gunilla Budde, Sebastian Conrad, Oliver Janz, Hg., *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006.

Barry K. Gills, William R. Thompson, Hg., *Globalization and Global History*, London/New York 2006.

Bruce Mazlish, Akira Iriye, Hg., *The Global History Reader*, New York/London 2005.

Jürgen Osterhammel, Niels P. Petersson, *Geschichte der Globalisierung*, München 2003.

Kenneth Pomeranz, *The Great Divergence. China, Europe, and the Making of the Modern World Economy*, Princeton/Oxford 2000.

Rolf Walter, *Geschichte der Weltwirtschaft. Eine Einführung*, Köln/Weimar/Wien 2006.